

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag/Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Liechtensteinische Industrie-, Handels- u. Gewerbeausstellung

SCHAAN
4. Sept. - 12. Sept. 1982
lihga

Sperrschwellen im Rhein

Versuch noch in diesem Winter?

Möglicherweise wird noch im kommenden Winter der Versuch unternommen, den Grundwasserspiegel im Oberland und namentlich in Balzers durch den Einbau von Sperrschwellen im Rhein zu heben.

Dies stellte Regierungschef Hans Brunhart auf Anfrage des VOLKSBLATT am Pressegespräch vom Dienstag dieser Woche in Aussicht. - Der abgesunkene Grundwasserspiegel führt in bestimmten Gebieten von Balzers zu regelrechten Verödungen des Bodens. Der Balzner Gemeindevorsteher und Abgeordnete Emanuel Vogt hatte die Forderung zum Einbau von Sperrschwellen schon wiederholt auch im Parlament aufgestellt.

Der Regierungschef meinte dazu, dass zunächst die Möglichkeiten der Ableitung von Rheinwasser in die Trockengebiete geprüft und dann aber wieder verworfen worden sei. Das Rheinwasser müsste zuerst künstlich gereinigt werden, um der Umwelt nicht Schaden zuzufügen. Nach dem Vorliegen des Rheinkraftwerk-Projektes habe man weiter zugewartet. Das Rheinkraftwerk würde ohnehin Rückstauungen des Wassers bedingen.

Nun soll aber dennoch der Einbau von Sperrschwellen oberhalb von Balzers geprüft werden um den Grundwasserspiegel zu heben. Wenn möglich sollten die dazu notwendigen Mittel noch in das Budget für 1983 aufgenommen werden.

Langlaufen im Steg

Trägerschaft einer Umkleideanlage würde gefördert

Die Errichtung einer Umkleideanlage mit Dusche bei der sehr populären Langlauf-Loipe im Steg würde auch von der Regierung begrüsst und finanziell gefördert. Voraussetzung ist allerdings, dass sich eine Trägerschaft findet, die einen entsprechenden Antrag stellt. Reg.-Chef-Stv. Hilmar Ospelt beim Pressegespräch vom Dienstag: «Ich würde einen solchen Antrag in der Regierung in jedem Fall unterstützen».

Der Staat trägt mit finanziellen Beiträgen an den Verein «Valüna-Lopp» schon heute zur Pflege der Langlauf-Loipe im Steg bei und hat auch die Anschaffung einer Pisten-Präparierungsmaschine finanziell unterstützt. Für die Errichtung einer Umkleide-Anlage, die von allen Besuchern der Langlauf-Loipe im Steg benutzt werden könnte, liegt bis jetzt weder beim Sportbeirat noch bei der Regierung ein entsprechendes Ansuchen vor.

Würde die Erstellung einer solchen Anlage im Steg ins Auge gefasst, dann müsste nach Meinung der Regierung allerdings auch geprüft werden, inwieweit neben der Regierung auch die Gemeinde und touristische Institutionen in das Engagement eines Ausbaues der Sportanlage im Steg mit einbezogen werden könnten.

Kehricht-Verwertungsanlage Buchs:

Forderung nach einer Rauchgas-Waschanlage?

Regierungsrat Anton Gerner möchte Subventionierung von der Garantie für die Unschädlichkeit der Rauch-Immissionen abhängig machen

Wenn es nach dem Wunsche des Ressortchefs für das Sanitätswesen, Regierungsrat Anton Gerner, geht, werden weitere Landessubventionen für die Kehrichtverwertungsanlage in Buchs erst dann bereitgestellt, wenn erwiesen ist, dass der Rauch aus dieser Anlage keine Schäden auf unseren Fluren verursacht. Die Kehrichtverwertungsanlage Buchs (KVA), die von den liechtensteinischen Gemeinden als Genossenschaftler mitgetragen wird, erfährt derzeit eine bedeutende bauliche Erweiterung. Der Staat Liechtenstein sollte sich auf Antrag der Gemeinden mit einer Subvention von mehr als 2 Millionen Franken an diesem Ausbau beteiligen.

Im Rahmen des Pressegesprächs vom Dienstag, in dessen Verlauf das Thema KVA Buchs vom VOLKSBLATT aufgegriffen wurde, wies Regierungschef Hans Brunhart freilich auch auf mehrere Dinge hin, die es der Regierung nicht ganz leicht machen, im Zusammenhang mit der neuerdings umstrittenen Anlage in Buchs, eine kritischere Haltung als bisher einzunehmen. Er nannte dazu u. a. folgende Aspekte:

- Die liechtensteinischen Gemeinden waren in Buchs von Anfang an dabei. Die Kerichtverwertung über diese Anlage wurde für unser Land bis vor kurzem noch als ideale Lösung angesehen;
- Der Nachweis, dass die Rauchgas-Immissionen aus der KVA Buchs tatsächlich so viele Schadstoffe enthalten, dass sie die Kulturen in der Umgebung gefährden, muss erst noch definitiv erbracht werden.

Messungen sind im Gange

In der Tat gründet die Annahme, dass die von der KVA Buchs abgegebenen Rauchgase schädlich sind, auf Untersuchungen der Verbrennungsrückstände. Ob der weisse Rauch, der aus dem weithin sichtbaren Schornstein der Anlage in die Luft steigt, so harmlos ist, wie er aussieht, kann schlüssig erst bewiesen werden, wenn über einen bestimmten Zeitraum Luftmessungen durchgeführt werden. Dies ist nach Aussagen von Regierungsrat Gerner inzwischen der Fall. Am Pressegespräch gab er einen Zeitraum von rund einem Jahr, den man benötige, um aussagekräftige und seriöse Resultate zu erzielen.

Rauchgas-Waschanlage

Sollten diese Messungen ergeben, dass die Rauchgase aus der Buchser Anlage tatsächlich mit für den inzwischen berühmt-berüchtigt gewordenen «Sauren

Regen» verantwortlich sind oder längerfristig zu Schädigungen der Kulturen führen, so würde sich Regierungsrat Anton Gerner in jedem Falle dafür einsetzen, dass die Anlage mit einer Rauchgaswaschanlage ausgestattet werden müsste.



Unsere Aufnahme, die am Dienstagabend an der LIHGA entstanden, zeigen oben eine Ruggeller Gesprächsrunde am VOLKSBLATT-Stammtisch und (unten) Freunde aus Planken, die nach dem Besuch auf dem VOLKSBLATT-Stand ins Festzelt überwechselt. (Bilder: X. J.)

Heute abend an der LIHGA

Stammtisch mit der FBP Triesen

Diskussionsrunde über aktuelle Fragen der Gemeinde- und Landespolitik

Aktuelle Fragen der Landes- und Gemeindepolitik sowie allgemeine Themen, die interessieren, stehen heute Donnerstagabend auf dem Programm des Stammtisches auf dem VOLKSBLATT-Stand an der LIHGA. Die Stammtischrunde von heute Donnerstag beginnt wieder um ca. 18 Uhr und wird von den FBP-Freunden aus Triesen betreut.



Drogenproblematik im Rechtsstaat

Ausländer-Gesetzgebung eignet sich nur bedingt als Instrument zur Bekämpfung der Drogenszene

Obwohl die liechtensteinische Drogenszene weitgehend von ausländischen Staatsbürgern beherrscht wird, sieht sich die Regierung nur bedingt in der Lage, über das Mittel der Ausweisung gegen die unerwünschten Entwicklungen anzukämpfen. Dies erklärte Regierungschef Hans Brunhart am Pressegespräch vom Dienstag gegenüber dem VOLKSBLATT.

Der Regierungschef bestreitet nicht, dass die Drogenszene unseres Landes wenigstens zum Teil von Ausländern dominiert wird. Er gibt allerdings zu bedenken, dass es in einem Rechtsstaat nur dann möglich ist, gegen Leute aus der Drogenszene vorzugehen, wenn ihr gesetzwidriges Handeln gerichtlich erwiesen ist. Dies gelte selbstverständlich

auch für ausländische Staatsbürger, die man nicht einfach auf einen Verdacht hin des Landes verweisen könne.

Die Regierung lasse im übrigen keine Gelegenheit aus, um auch unter Anwendung der Ausländer-Gesetzgebung Sanktionen gegen Zuwiderhandlungen im Bereich der Drogen zu ergreifen, soweit ihr die Rechtsmittel dafür zur Verfügung stünden. In diesem Sinne habe sich auch die ins Leben gerufene Arbeitsgruppe zur Bekämpfung des Drogenmissbrauches in Liechtenstein bewährt.

Ausländer und Ausländer

Weiter gab der Regierungschef zu bedenken, dass Ausländer nicht gleich Ausländer sei. Unter den Ausländern,

die mit den Drogengesetzen in unserem Lande in Konflikt gekommen seien, befänden sich auch solche, die bereits in der zweiten Generation im Lande und hier aufgewachsen sind und Kinder von liechtensteinischen Müttern. Eine Wegweisung im Sinne des Ausländergesetzes hätte in solchen Fällen auch menschlich problematische Folgen.

Abgesehen von den hier aufgezeigten Problemfällen bemüht sich die Regierung nach Aussage von Regierungschef Brunhart jedoch, bei Drogendelikten, die von Ausländern begangen werden, im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten speditiv einzugreifen. Dies bedeute in einzelnen Fällen auch die Wegweisung und das Verhängen von Einreisesperren.

Gemeindegesetz

Teil oder Totalrevision?

Noch in diesem Herbst will die Regierung grundsätzlich darüber entscheiden, ob das heutige Gemeindegesetz nur zum Teil revidiert oder einer Totalrevision unterzogen werden soll.

Ein inzwischen abgeschlossenes Vernehmlassungsverfahren zu einigen «technischen» Änderungen des heutigen Gesetzes hat nach Aussage des Regierungschefs am Pressegespräch vom Dienstag dieser Woche eine Reihe von Fragen aufgeworfen, die genauer geprüft sein wollen. Dazu gehören vor allem die aktuellen Bürgerrechtsprobleme (Auswärtigenfrage, Frauenstimmrecht, Karenzfrist für eingetragene Ausländerinnen usw.), die nach einer Regelung rufen. Vor die Frage gestellt, ob die vorgesehene Teilrevision durchgeführt oder eine Totalrevision des Gemeindegesetzes angestrebt werden sollte, neigt die Regierung inzwischen eher dem Zweiteren zu. Eine Gesamtrevision würde allerdings einen längeren Zeitraum beanspruchen und könnte eine wesentliche Veränderung der heutigen Position der Gemeinden und ihrer Einwohner (je nach Bürgerrechtskategorie) mit sich bringen.

Rheindamm als Radweg

Vorläufig keine Sperrungen am Wochenende

Der Wunsch mancher Radfahrer und Fussgänger, die Fahrbahn auf dem Rheindamm wenigstens am Wochenenden gänzlich für den motorisierten Verkehr zu sperren, wird sich vorderhand nicht erfüllen. Eine solche Sperrung ist nach Meinung der Regierung u. a. wegen der sonntäglichen Sportveranstaltungen auf den Fussballplätzen kaum realisierbar. Dazu kommt, dass die Signalisierung des Verbots und dessen Überwachung auch mit technischen Problemen verbunden sei.

Bekanntlich ist die Fahrbahn auf dem Rheindamm seit einigen Jahren teilweise für den Autoverkehr gesperrt. Durch diese Teilsperren sind wohl die Zufahrten zu Baustellen und Sportstätten von bestimmten Seiten aus möglich. Nicht mehr möglich ist es indessen, die Fahrbahn des Rheindammes durchgehend von Balzers bis ins Unterland als «Umfahrungsstrasse» zu benützen. Die teilweise Sperrung hat sich nach Meinung des Regierungschefs beruhigend auf den Verkehrsablauf entlang des Rheines ausgewirkt.

Obwohl das heutige System sehr genau studiert und «ausgeklügelt» sei (Reg.-Chef Brunhart), schliesse die Regierung nicht aus, dass man es einer neuerlichen Überprüfung unterziehen sollte.

LIHGA-Wettbewerb

Teilnahmefrist läuft morgen abend ab!

Die Teilnahmefrist für den VOLKSBLATT-LIHGA-Wettbewerb läuft morgen Freitag ab. Wettbewerbsformulare können am LIHGA-Stand bezogen werden. Die bis morgen Freitag abend 21 Uhr abgegebenen Teilnahmeformulare werden am Samstag ausgewertet. Unter den richtigen Lösungen findet am Samstag nachmittag um 17 Uhr unter amtlicher Aufsicht die Ziehung der Preisträger statt.